

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/77

23. April 1975

Sicherheit in der Energieversorgung

Die unersetzbaren Importe müssen aus vielen Quellen fließen

Von Peter Reuschenbach MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Autobahn-Gebühren sind Sünden wider die Zeit

Zumindest innerhalb der EG sollten die "Wegezölle" beseitigt werden

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Ausschusses für Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Medienpolitisches Störsignal

In Köln wird die Notwendigkeit eines Presserechtsrahmengesetzes demonstriert

Von Dr. Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Die DDR entdeckt die Führungspersönlichkeit

Ostberlins Analyse der Fußballweltmeisterschaft 1974

Seite 7 und 8 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausstraße 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 88 87 - 20  
Telex: 02 88 88 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

### Sicherheit in der Energieversorgung

Die unersetzbaren Importe müssen aus vielen Quellen fließen

Von Peter Reuschenbach MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Das algerische Konferenzkonzept für Paris, mit einem mächtigen Kartell der Öl- und Rohstoffländer im Bündnis mit allen übrigen Entwicklungsländern den ölverbrauchenden Industrienationen eine "neue Weltwirtschaftsordnung" aufzuzwingen und die Lage aller Rohstoff- und Entwicklungsländer mit einem Schlag entscheidend zu verbessern, ist zunächst gescheitert. Die algerischen Maximalisten hatten übersehen, daß zur Zeit die Verhältnisse auf dem Weltölmarkt Drohung und Druck nicht zulassen. Erdöl ist zur Zeit genug vorhanden, manche ölfördernden Länder müssen ihre Produktion drosseln, und an der Preisfront bröckelt es beträchtlich.

Dennoch wären die ölverbrauchenden Industrienationen schlecht beraten, wenn sie nun die Dinge treiben ließen - in der Hoffnung auf eine dauerhafte Gunst der ökonomischen und politischen Verhältnisse. Auch ohne einen neuen Krieg gegen Israel kann die Öl- und Rohstoffgruppe wieder in die Vorhand kommen. Die "Deklaration von Lima", in der die Entwicklungsländer Ende März u.a. eine starke Unterstützung der Rohstoffkartelle und Ausgleichszahlungen für wirtschaftlich ausgebeutete ehemalige Kolonien fordern, ist sicher keine Eintagsfliege. Nach dem Sommer steht das Thema auch auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlung. Die Stimmenverhältnisse dort sind satzsam bekannt. Die "Unterbrechung" der Pariser Energiekonferenz sollten die Industrienationen nutzen, die eigene Position besser abzustimmen, als es vor Paris geschahen war.

Die Bundesregierung täte gut daran, ihre Marschroute auch mit dem Parlament abzustimmen und in die internationalen Konsultationen auch die Einschätzung der Konflikt-Gefahr im Nahen Osten einzubeziehen.

1/ Die "Denkpause" muß genutzt werden, sich darüber klarzuwerden, wie weit man den Rohstoff-Preisforderungen entgegenkommen kann. Totale Indexierung wäre ein Inflationskarussell, das am Ende alle in den Abgrund schleudern würde. Der Wunsch der Produzenten nach gesicherten Einkünften aus Rohstoffexporten ist legitim. Aber Garantien beim Export - wie das VW-Beispiel zeigt, sind mit möglichst freiem Welthandel grundsätzlich nicht vereinbar. So wären zeitlich begrenzte Abkommen zur Stabilisierung der Einnahmen der Rohstoffländer zwar nicht ganz systemgerecht, aber ein Akt der

politischer Vernunft. Denn die Zeiten sind vorbei, wo die Industrieländer in West und Ost billige Rohstoffeinkäufe und freien Verkauf von Fertigprodukten ohne stärkere politische Konflikte betreiben könnten. Die Konsequenzen aus dieser Einsicht sind nicht leicht: Die Menschen in den entwickelten Industrienationen werden auf einen Teil des Wohlfahrtszuwachses zugunsten der wenig entwickelten Rohstoffländer verzichten müssen. Wenn sie diesem Anspruch entgegenkommen, verschaffen sich die Regierungen der Industrienationen aber auch die Legitimation, ihre übrigen Interessen besser wahrzunehmen.

2/ In einer Energie- und Rohstoffwelt, die vom Kartelldenken bestimmt wird, ist das "Kartell der Solidarität der Ölverbrauchenden Länder" keine moralische Qualität minderer Art. Die Bundesregierung sollte verbindliche Verabredungen zwischen den EG-Ländern und den USA anstreben und unterstützen, die geeignet sind, neue Erpressungsversuche zu erschweren. Gleichartiges Käuferverhalten am Öl-Weltmarkt, eine Preisabschöpfungsregelung, die die Erschließung alternativer Energiequellen einigermaßen sichert, und die entschlossene Weiterentwicklung des Krisen-Ausgleichsmechanismus würden den Ölverbrauchenden Industrienationen eine gute Chance geben, neuen Ölpreisaufschwüngen zunächst einmal gewappnet entgegentreten zu können. Gewiß, die französische Regierung hatte bisher mehr auf Nachgiebigkeit gesetzt. Die Hoffnung auf Sondergeschäfte, wozu auch Waffen gehören, hat eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Die jetzt wieder notwendigen Konsultationen im Atlantischen Bündnis könnten dennoch die Vorzüge einer solidarischen Lösung - auch für Frankreich - ins rechte Licht rücken. Der einsame und erfolglose französisch-algerische Vorkonferenz-Flirt kann wohl zur Ernüchterung beigetragen haben.

3/ Die Bundesregierung muß ihre Politik der wachsenden Unabhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten unbeirrt und konsequent fortsetzen. Solche Anstrengungen und ihre wachsenden Erfolge können die Verhandlungspositionen der Ölverbrauchenden Länder nur verbessern. Kohle und Kernbrennstoffe sind trotz aller Umweltschutznotwendigkeit und teilweise auch -hysterie die entscheidenden Grundlagen für dieses Ziel. Die verbleibende und unabänderliche Importabhängigkeit unserer Energieversorgung muß auf viele Quellen verteilt werden. Erdgas aus Holland, aus der Nordsee und aus dem Iran (über die UdSSR) entsprechen dieser Notwendigkeit. Die Beteiligung an Ölexplorationen in möglichst vielen Teilen der Welt liegen auf der gleichen Linie.

Eine Energie-Außen- und -Innenpolitik in diesem grob skizzierten Rahmen verträgt kein Schielen auf den jeweils billigsten Einkauf. Wer ihm trotz aller Erfahrungen und Erkenntnisse huldigt, hat den Weg zu mehr Unabhängigkeit unserer Energieversorgung schon verfehlt. Sicherheit kostet auch auf dem Feld der Energieversorgung ihren stetigen Preis.

(-/23.4.1975/ks/pr)

+ + +

Autobahn-Gebühren sind Sünden wider die Zeit

Zumindest innerhalb der EG sollten die "Wegezölle" beseitigt werden

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Ausschusses für  
Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

So regelmäßig wie das Ungeheuer von Loch Ness kommt alle Jahre wieder der Ruf nach einer Autobahn-Benutzungsgebühr für deutsche Bundesautobahnen. Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle sah sich deshalb kürzlich erneut genötigt, zu erklären, daß die Bundesregierung keine solchen Pläne, weder für Deutsche noch für Ausländer kenne.

Für viele unserer deutschen Urlauber wird auch in diesem Jahr wieder die Tatsache der Zahlung von Autobahngebühren in unseren Nachbarländern Frankreich, Italien und Österreich zu ärgerlichen Reaktionen führen. Sie werden darüber hinaus da und dort höhere Gebühren zu entrichten haben, als dies noch im Vorjahr der Fall war. Der Bundesverkehrsminister wird, was nicht verwunderlich ist, von solchen deutschen Touristen gefragt, warum ausländische Benutzer deutscher Autobahnen nicht ebenfalls zur Kasse gebeten werden. Wer derartige Vorstellungen entwickelt, vergißt wohl dabei, daß auch französische, italienische oder österreichische Staatsbürger auf den Autobahnen, die durch ihr Land führen, nicht gebührenfrei reisen können. Würde eine Autobahngebühr in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, könnte sie nicht nur für ausländische, sondern müßte auch für inländische Autobahnbenutzer gelten. Dieses dürfte sicherlich auch nicht im Interesse derer liegen, die sich aufgrund ihrer Auslandserfahrungen an den Bundesminister für Verkehr mit derartigen Überlegungen wenden.

Die Autobahnen im Ausland sind zum großen Teil mit privaten Geldern gebaut worden. Die in Gesellschaften zusammengeschlossenen Geldgeber haben dafür vom jeweiligen Staat für eine bestimmte Dauer von Jahren das Nutzungsrecht erhalten und holen sich durch die Autobahngebühren die vorgelegten Baukosten wieder zurück. In der Bundesrepublik wird der Autobahnbau mit

staatlichen Mitteln finanziert. Die Ausgangspositionen für den Autobahnbau sind also in verschiedenen europäischen Ländern unterschiedlich.

Unabhängig davon sollte der Verkehr zumindest innerhalb der Europäischen Gemeinschaft frei von allen finanziellen Abgaben sein. Der Verkehr spielt heute eine völkerverbindende, wichtige Rolle. Es ist für die Mitbürger aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaft unerträglich, daß sie in ihrer Bewegungsfreiheit durch Wegeabgaben, im Mittelalter nannte man das Wegezölle, behindert werden. Ich bleibe deshalb bei der Feststellung, daß Gebührenhäuschen, die entlang der Autobahnen aufgestellt werden, Rückfälle in das Mittelalter darstellen.

Die Bundesregierung sollte ihre Bemühungen verstärken, mit den ausländischen Regierungen, so schwer dies auch sein mag, darüber zu verhandeln, daß die großen europäischen Durchgangsstraßen, die sogenannten "Europa-Straßen", von allen Abgaben freigehalten werden. Dabei sollte eine Rolle spielen, daß z.B. französische und italienische Kraftfahrzeuge, die durch die Bundesrepublik Deutschland und durch die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft fahren, keinerlei finanziellen Belastungen ausgesetzt sind. Umgekehrt ist dies leider der Fall.

Derartige Gedanken sind nicht neu, da jedoch die Problematik der Autobahn-Benutzungsgebühren noch immer ein Ärgernis für Urlaubreisende darstellt, erscheint es mir notwendig, daß die Bundesregierung neue Überlegungen in diesem Bereich der europäischen Verkehrspolitik anstellt.

(-/23.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Medienpolitisches Störsignal  
-----

In Köln wird die Notwendigkeit eines Presserechtsrahmengesetzes demonstriert

Von Dr. Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD

Die Verleger nutzen die Ruhe auf dem Gebiet der Medienpolitik, denn in Sachen Pressereform, d.h. konkret beim Bundespresserechtsrahmengesetz hat man es mittlerweile mit Stehsatz zu tun. Alfred Neven DuMont, Verleger und Herausgeber des "Kölner Stadt-Anzeiger" hat mit seiner offiziellen Mitteilung, er werde "seine publizistische Verantwortung als Herausgeber künftig verstärkt wahrnehmen und als solcher in der Führung der Redaktion mit dem Chefredakteur zusammenwirken" einen Pflock in die Auseinandersetzungen um ein Presserechtsrahmengesetz eingerammt. Dies geschieht wohl offensichtlich als Signal in Übereinstimmung mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungerverleger (BDZV), dessen Präsidium Neven angehört und das alle bisherigen Pläne und Vorstellungen der Gewerkschaften und der Bundesregierung zur Kompetenzabgrenzung von Verlag und Redaktion sowie zur Mitbestimmung für Redakteure strikt ablehnte.

In Köln geht es auch schon gar nicht mehr um eine Kompetenzabgrenzung von Verlag und Redaktion, sondern mit der von oben verordneten neuen Regelung soll sogar eine Kompetenzabgrenzung zwischen Verleger/Herausgeber und Chefredakteur aufgehoben werden. Denn Neven schreibt erstmals in der deutschen Pressgeschichte seinen "Kompetenzanspruch" ausdrücklich fest. Er schließt auch nicht aus, zukünftig direkte Anweisungen an die Redaktion zu geben. Aussprachen darüber soll es dann nur noch zwischen Chefredakteur und Verleger geben.

Mit dieser Neuregelung der Kompetenzen im Kölner Pressehaus setzt Neven auch die Zielrichtung eines Redaktionsstatutes außer Kraft, das er im Jahre 1971 billigte und das dem Redaktionsbeirat immerhin bescheidene Mit-

spreche- und Informationsrechte einräumte. Damit wird klar, wohin die Reise maßgebender Verleger gehen wird. Sakräftigung des Direktionsrechts und dessen Ausweitung in eine Richtlinienkompetenz, die dem einzelnen Redakteur in den schlimmsten Fällen seine Detailkompetenz nehmen kann. Über diese Richtlinienkompetenz haben die Verleger noch nie mit sich reden lassen, sie leiten sie illegitimerweise aus dem Eigentumsrecht ab, gefährden damit aber die Meinungs- und Informationsfreiheit aus Art. 5 Grundgesetz.

Der Sondervertrag mit dem künftigen Chefredakteur des "Kölner Stadt-Anzeiger" ist deshalb als nichts anderes als ein medienpolitisches Stör-signal zu bewerten mit der Befürchtung, daß weitere Verleger folgen werden. Dieses Stör-signal richtet sich eindeutig gegen die gewerkschaftlichen Vorstellungen und die Positionen der SPD-Medienkommission, die in einem Chefredakteur nicht den Redaktionstribun sehen wollen, sondern einen leitenden Redakteur, der naturgemäß sowohl das Vertrauen des Verlegers als auch der Redaktion haben muß. Deshalb fordern IG Druck und Papier und SPD die Mitwirkung und Mitsprache der Redaktionsvertretung bei der Ernennung des Chefredakteurs (Vorschlagsrecht). Bei der Abberufung soll nach Meinung der SPD-Kommission die Redaktionsvertretung sogar zustimmen. Beides wollen die Verleger nicht, Neven hat vor Jahren Joachim Sesser im Alleingang abberufen, wie er jetzt im Rahmen einer Sonderregelung einen neuen Chefredakteur beruft.

Das personelle Revirement hat sicherlich auch sachliche, d.h. politische Gründe, wenn erklärt wird, daß Alfred Neven DuMont "seine publizistische Verantwortung als Herausgeber künftig verstärkt wahrnehmen" will. Hier sind dann spätestens die Gesichtspunkte der Berichterstattung einer Zeitung deckungsgleich mit denen des Verlegers als Mitglied im Zeitungsverlegerverband. Mitbestimmung ist dabei das Schlüsselwort. Gegen sie laufen die meisten Verleger Sturm und sie machen gegen eine Pressereform gemeinsam Front. Mitwirkung und Mitbestimmung der Journalisten bei personellen Maßnahmen fordert auch die nordrhein-westfälische SPD in ihrem Landtagswahlprogramm.

Der "Kölner Stadt-Anzeiger" ist eine der größten Zeitungen in einem NRW-Ballungsgebiet. Das Blatt muß deshalb ein vielfältiges Meinungs- und Informationsangebot gewährleisten, was aber in der Zeitung schon dadurch gefährdet werden kann, wenn ein Verleger seine Kompetenzen und Befugnisse in einem Maße ausweitet und über die Köpfe der Betroffenen durchsetzt, was den Verdacht nährt, daß Verlegerinteressen zukünftig die Schlagzeilen bestimmen sollen.

Das Kölner Beispiel zeigt, wie eng Medienpolitik mit der Mitbestimmungspolitik verzahnt ist. Das Kölner Stör-signal zeigt aber auch, daß die Medienreform nicht zum Stehsatz verkümmern darf und in die Demokratisierung aller Lebensbereiche auch der Pressebereich einbezogen werden muß. Ein Bundespresserechtsrahmengesetz ist dazu ein erster Schritt. (-/23.4.1975/ks/pr)

+ + +

### Die DDR entdeckt die Führungspersönlichkeit

---

#### Datberlina Analyse der Fußballweltmeisterschaft 1974

Unter dem Leitsatz "Stand und Tendenzen im Fußballspiel nach der Weltmeisterschaft 1974" hat die DDR-Sportführung in der Monatspublikation "Theorie und Praxis der Körperkultur", dem wissenschaftlichen Organ des Ostberliner Staatssekretariates für Körperkultur und Sport, eine Analyse veröffentlicht. Die hier vorgenommene Einschätzung der fußballsportlichen Entwicklung ist interessant und läßt auch Rückschlüsse auf die Zielsetzungen des DDR-Fußballs zu. Erfreulicherweise wird in dieser Arbeit auf jede Polemik und ideologische Engstirnigkeit verzichtet. Offensichtlich sind die Verfasser in der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig zu finden, wo auch die Redaktion des offiziellen Organs des Sport-Staatssekretariats ihren Sitz hat.

Zwar ist man im DDR-Fußball zu der Erkenntnis gekommen, daß das Fußballspiel wieder wesentlich attraktiver geworden ist, andererseits wird festgestellt, daß das Weltmeisterschaftsturnier in der Bundesrepublik Deutschland keine prinzipiellen neuen Entwicklungstendenzen gebracht habe. Die Unbefangenheit, mit der die DDR-Autoren zu Werke gehen, ist überwiegend damit zu begründen, daß die Rolle der DDR-Mannschaft völlig unberücksichtigt bleibt; ein Hinweis darauf, daß die sportlich-ideologischen Unstimmigkeiten und die Zwangsdemission des bisherigen Fußballpräsidenten Helmut Riedel immer noch keine einheitliche Beurteilung der Situation im DDR-Fußball zulassen.

Mit einigen Abstrichen erfährt die Weltmeisterschaft aus der Bundesrepublik Deutschland eine faire Behandlung in der sportwissenschaftlichen DDR-Auswertung der Weltmeisterschaft 1974. Zum Teilbereich Spielkonzeption heißt es: "Die Mannschaften der Weltmeisterschafts-Endrunde versuchten mit wenigen Ausnahmen, eine angriffsorientierte Spielkonzeption durchzusetzen. Die Auswahlvertretungen der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und der Volkrepublik Polen hatten dabei den besten Erfolg. Sie machten sich in erster Linie um den attraktiven Angriffsfußball verdient".

Deutlicher als jemals zuvor in den letzten Jahren wird von der DDR-Seite nun auch die Einzelpersönlichkeit im Fußball akzeptiert. Damit verbunden ist die Feststellung, daß hervorragende Mannschaften in jeder Positionengruppe einen klar erkennbaren Führungsspieler hätten. Die herausragendsten Führungspersönlichkeiten waren nach den Erkenntnissen der Ost-

Berliner Fußballanalytiker Beckenbauer und Overath aus der Bundesrepublik, Cruyff und van Hanegem aus den Niederlanden, Deyna aus Polen, der Brasilianer Ravelino und der Schwede Grahn.

Unter dem Begriff der komplexen Spielleistung versteht man im DDR-Sport spielgestaltende, spielerergänzende und kämpferische Gesichtspunkte, die allesamt den Holländern Cruyff und Rep, den "Bayern"-Spielern Müller und Höness sowie den Polen Lato und Gadocha während des WM-Turniers zugeschrieben wurden. Als Spieler, die während der großen Tage des Weltfußballs gleichermaßen hochwertige Spielfunktionen in der Abwehr und im Angriff beherrschten, werden der Deutsche Breitner, der Holländer Neeakens, Marinho aus Brasilien und Oblak aus Jugoslawien genannt.

In einer nicht ganz logischen Reihenfolge verfügten nach Auffassung der DDR-Autoren die Mannschaften der Niederlande, der Volksrepublik Polen, der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawiens über die leistungstärksten Mittelfeldreihen. Die Untersuchung der überwiegend angriffsorientierten Spielweise der führenden Mannschaften der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 bringt das Ergebnis, daß die Teams der Volksrepublik Polen, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland das am weitesten entwickelte Angriffsspiel beherrschten: diese drei Mannschaften schossen alleine 44 der insgesamt 97 Tore, die von den 16 Endrundenteilnehmern erzielt worden sind.

Abschließend meint "Theorie und Praxis der Körperkultur": "Über mehrere Weltmeisterschaftszyklen zurückblickend ist ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Kontinent des nächsten Endrundenturniers und der Verlagerung des Entwicklungstempes dorthin zu erkennen."

Die Vergabe des Endrundenturniers 1978 nach Argentinien läßt deshalb erwarten, daß man auf dem südamerikanischen Kontinent alle Anstrengungen unternehmen wird, um den eingetretenen Entwicklungsrückstand aufzuholen.

Ernst Dieter Schmickler  
(-/23.4.1975/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller